

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Haushalts- und Finanzausschuss

Niederschrift

über die 10. öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 12.10.2015
im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Dirk Hohlfeld

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Jürgen Akuloff
Frau Katja Grassmann
Herr Helmut Barthel

Vertretung für Herrn Andreas Igel

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gertraud Rocher
Herr Dr. Ralf von der Bank
Herr Andreas Igel
Herr Andreas Muschinsky
Herr Matthias Stefke
Herr Dirk Steinhausen

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 31.08.2015

- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Bericht über den Jahresabschluss 2011
- 7 Stand Haushalt 2016 - Erste Ergebnisse
- 8 Beschlussvorlagen
- 8.1 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming 2016 5-2542/15-III
- 8.2 Wirtschaftsplan Rettungsdienst Eigenbetrieb 2016 des Landkreises Teltow-Fläming 5-2543/15-III/1
- 8.3 Vereinbarung über eine Forderungsabtretung an die LASA Brandenburg GmbH 5-2549/15-IV/1
- 9 Informationsvorlagen
- 9.1 Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen in der Kämmerei, SG Kasse und Vollstreckung und Berücksichtigung für die Haushalts- und Stellenplanung 2016 5-2506/15-LR

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Hohlfeld begrüßt die Anwesenden herzlich. Es wird nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 31.08.2015

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 31. August 2015 liegen nicht vor.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfragen der Ausschussmitglieder gibt es nicht.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Wehlan informiert, dass zum Thema Flüchtlinge allen Abgeordneten noch in dieser Woche per E-Mail der aktuelle Stand mitgeteilt wird.

TOP 6

Bericht über den Jahresabschluss 2011

Herr Ferdinand erläutert, dass der Jahresabschluss 2011 einen Gesamtfehlbetrag von - 10,4 Mio. € aufweist. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Verschlechterung von - 1,6 Mio. €. Im Plan wurde von einem Fehlbetrag von -17,8 Mio. € ausgegangen. Die geplante Erhöhung der Kreisumlage für 2011 auf 46 % wurde nicht genehmigt, so blieb der Hebesatz wie in den Vorjahren bei 45 %.

Positiv wirkten sich beispielsweise ein deutlich niedrigeres Zinsniveau als in den Vorjahren, nicht getätigte Ausgaben in Höhe von 1,6 Mio. € aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung und die Entnahme aus Rückstellungen der Eröffnungsbilanz 2009 aus.

Sollten sich die Zahlen wie bisher in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt entwickeln und sollten sich die Jahresabschlüsse zumindest nicht schlechter darstellen als geplant, so könnte der Haushaltsausgleich bereits im Jahr 2017 erreicht werden.

Als Risiken sind durch das Rechnungsprüfungsamt (RPA) die bei Beteiligungsprüfungen nahegelegten Abwertungen der SWFG bzw. der GAG, als auch die problematische Liquiditätslage in 2011, die weiterhin Kassenkredite notwendig machte, und getätigte Zinsswap-Geschäfte benannt worden.

Im Ausräumungsprozess erfolgte die Bereinigung eines Großteils der Beanstandungen des RPAs. Der Jahresabschluss 2011 ist mit Einschränkungen bestätigt, somit erfolgt lediglich eine eingeschränkte Entlastung des Landrates/ der Landrätin.

Herr Barthel bemerkt, dass diese Schlussfolgerungen aus dem RPA-Bericht bereits 2010 angeführt wurden. Es ist davon auszugehen, dass sich diese durch die noch folgenden Jahresabschlüsse bis 2014 durchziehen werden. In der Gegenwart sind jetzt Maßnahmen zur Ausräumung erfolgt. Wird ein anderes EDV-Konzept benötigt um Buchungsvorgänge in der Verwaltung zu optimieren?

Herr Ferdinand antwortet, dass es sich hier eher um eine Mentalitäts-, Organisations- und Disziplinfrage handelt. Es handelt sich nicht in erster Linie um eine Kostenfrage in Bezug auf die Beschaffung neuer Technik.

Einige Fachämter verfügen über eigene Buchhaltungen, da in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht wurde, dass benötigte Informationen zeitnah und in guter Qualität durch die Kämmerei nicht bereitgestellt werden konnten.

Organisatorisch betrachtet ist die Einrichtung einer zentralen Rechnungsausgangsstelle, um den Gleichklang zwischen Versand und Buchung herzustellen, empfehlenswert. Dies gilt ebenso für den Rechnungseingang. Aufgrund der derzeitig angespannten Lage in der Kämmerei ist dieses Thema vorläufig zurückgestellt.

Disziplin ist dann bei der Überwachung der Organisation von Rechnungseingängen/Rechnungsausgängen gefragt.

Aktuell wird sich mit der Schnittstellenproblematik in der Verwaltung beschäftigt.

TOP 7

Stand Haushalt 2016 - Erste Ergebnisse

Herr Ferdinand erläutert, dass sich die Schlüsselzuweisungen gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung um - 7,5 Mio. € verschlechtert haben. Die Finanzausgleichsumlage ist um + 0,9 Mio. € gestiegen. Bei der Kreisumlage sind + 10,7 Mio. € mehr zu erwarten. Weiter wurden Tarifierhöhungen in Höhe von + 2,0 % für März 2016 eingeplant.

Laut Verpflichtung aus dem Haushaltssicherungskonzept ist ein Überschuss von 4,5 Mio. € zu erwirtschaften. Die Gesamtzinsbelastung ist auch durch die aktuell günstigen Zinssätze auf 0,9 Mio. € gesunken.

Die Schlüsselzuweisung wird sich gegenüber dem Vorjahr um - 6,2 Mio. € vermindern und beläuft sich für das Jahr 2016 auf 19,8 Mio. €.

Beim Thema Asylbewerber geht die Kreisverwaltung für 2016 von einer 100-%igen Gegenfinanzierung aus.

Als mögliche Risiken sind bspw. geringer ausfallende Schlüsselzuweisungen als angenommen, steigende Asylbewerber-/Flüchtlingszahlen/ perspektivisch kommunizierte Hilfen des Bundes bleiben in angenommener Höhe aus, höhere Tarifsteigerungen bzw. zusätzliches nicht gegenfinanziertes Personal oder auferlegte Förderung von Kindern in Tagesrichtungen fällt kostspieliger aus als geplant.

Frau Grassmann bemerkt, dass unter diesen Umständen möglicherweise ein Nachtragshaushalt für 2016 aufgestellt werden müsste.

Gibt es bezüglich der Kita-Tarifsteigerung Signale vom Land die Kopfpauschalen anzuheben?

Herr Ferdinand antwortet, dass bisher keine Mitteilung vom Fachamt vorliegt und eine Ertragssteigerung nicht berücksichtigt wurde.

Herr Barthel bittet vorab um Übersendung der Präsentationen für die Diskussion zum Nachtragshaushalt 2016 auf Landesebene. Weiter bittet er um Mitteilung von konkreten Zahlen der letzten 2 bzw. 3 Jahre für den Kita-Bereich, damit die Ausfinanzierung für 2016 gesichert werden kann. Wie stellen sich die Kosten aktuell dar und welche Gelder kommen vom Land?

Die Präsentationen werden den Ausschusmitgliedern morgen per E-Mail übermittelt. Der Niederschrift werden diese als Anlage beigelegt.

TOP 8 **Beschlussvorlagen**

TOP 8.1 **Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming 2016 (5-2542/15-III)**

Eine Begründung der Vorlage wird seitens der Abgeordneten nicht gewünscht.

Herr Akuloff erkundigt sich, ob die Personalstelle an die Stationierung der Fahrzeuge gebunden ist bzw. woraus die Personalstellen bei den Rettungswachen resultieren.

Herr Dübe erläutert, dass die Personalstellenbemessung in erster Linie von der Fahrzeugvorhaltung abhängig ist. Wachen die bestimmte Funktionen wahrnehmen wie die Lehrrettungswache, die Vorhaltezeiten der Fahrzeuge oder Wachenleiter die mehrere Leitstellen betreuen beeinflussen bspw. die Stellenbemessung.

Frau Grassmann erkundigt sich, wieviel Personalstellen für den 24-h-Betrieb eines Rettungswagens benötigt werden.

Herr Mieles teilt mit, dass für einen 24-h-Einsatz eines Fahrzeuges 10 Personalstellen benötigt werden.

Herr Akuloff fragt woraus sich die Kostensteigerung der Regionalleitstelle in 2016 von 206.000,00 € gegenüber dem Ergebnis 2014 ergibt. Ist das nur auf die Tarifentwicklung zurückzuführen?

Hr. Dübe informiert, dass die steigenden Kosten nicht nur auf das Personal, sondern auch erheblich auf die ständig notwendigen technischen Erneuerungen und Investitionen zurückzuführen sind.

Im vergangenen Jahr wurde eine Organisationsuntersuchung durchgeführt. Gegenwärtig erfolgt die Umsetzung der Maßgaben, welche dann entsprechend positive Effekte, auch in Hinblick auf die Hilfsfrist in der Notfallrettung, haben werden.

Die Vorlage 5-2542/15-III wird dem Kreistag zur Annahme empfohlen.

TOP 8.2

Wirtschaftsplan Rettungsdienst Eigenbetrieb 2016 des Landkreises Teltow-Fläming (5-2543/15-III/1)

Den Abgeordneten wurde eine Version der Vorlage ausgereicht.

Herr Dübe erläutert, dass der Beschlusstext auf Seite 1 der Vorlage ergänzt wurde. Auf Seite 4 des Wirtschaftsplanes unter Erläuterungen wurde der Punkt Personalaufwand neugefasst.

Herr Hohlfeld weist darauf hin, dass auf der Seite 3 / 3 im vorletzten Absatz bestehende Kommunalkredite für die Rettungswachen in Jüterbog und Baruth mit insgesamt 1.050.000 € angesprochen werden. In der Anlage 1 der bereits in Anspruch genommenen Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen fehlen diese.

Herr Dübe teilt mit, dass eine Ergänzung der Anlage 1 erfolgt und für den Kreisausschuss ein Austauschblatt vorbereitet wird.

Die geänderte Vorlage 5-2543/15-III-1 wird dem Kreisausschuss zur Annahme empfohlen.

TOP 8.3

Vereinbarung über eine Forderungsabtretung an die LASA Brandenburg GmbH (5-2549/15-IV/1)

Eine Begründung der Vorlage wird seitens der Abgeordneten nicht gewünscht.

Frau Grassmann weist darauf hin, dass eine Forderungsabtretung doch zu finanziellen Auswirkungen führt.

Frau Wehlan schlägt vor, dass die finanziellen Auswirkungen und der Sachverhalt, auch unter Angabe aus welchem Jahr dieser herrührt, ergänzt werden. Dem Kreisausschuss wird eine überarbeitete Vorlage übergeben.

Die Vorlage 5-2549/15-IV wird mit den genannten Änderungen dem Kreisausschuss zur Annahme empfohlen.

TOP 9
Informationsvorlagen

TOP 9.1
**Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen in der Kämmerei, SG Kasse und
Vollstreckung und Berücksichtigung für die Haushalts- und Stellenplanung 2016
(5-2506/15-LR)**

Herr Ferdinand erläutert, dass hier die Kämmerei die Vollstreckung für die Brandenburger Polizei bei Personen, die ihren Wohnsitz nicht im Land Brandenburg haben, durchführt. Pro Fall sind dies 31,00 € die der Landkreis TF bekommt, es wird von 7.500 Fällen pro Jahr ausgegangen. Im Ansatz für den Haushalt 2016 sind diese Gelder bereits berücksichtigt. Um die Volumina abarbeiten zu können, werden zwei zusätzliche Stellen in der Kämmerei berücksichtigt.

Die Vorlage 5-2506/15-LR wird zur Kenntnis genommen.

Luckenwalde, d. 10.11.2015

Hohlfeld
Der Vorsitzende

Kozák
Protokollantin

Anlagen

1. Präsentation Ergebnis Jahresabschluss 2011
2. Präsentation Haushalt 2016